

OKP-Staatsbeitrag bleibt bei 33 Millionen Franken

Genehmigt Der Landtag belässt den OKP-Staatsbeitrag für das kommende Jahr bei 33 Millionen Franken. Sorgen machte man sich aber um die Entwicklung der Gesundheitskosten.

VON DANIELA FRITZ

Schon fast aus Tradition hat die Freie Liste auch diesen Juni den Antrag gestellt, den OKP-Staatsbeitrag auf 57 Millionen Franken und damit das Niveau von 2010 zu erhöhen. So viel sei zu Beginn verraten, der Antrag wurde von den anderen Fraktionen am Mittwochabend abgelehnt. «Woher wollen Sie die zusätzlichen 24 Millionen Franken nehmen?», fragte FBP-Fraktionssprecher Daniel Oehry in Richtung der FL. Der Staatsbeitrag für 2022 verbleibt also wie von der Regierung beantragt bei 33 Millionen Franken. Damit beteiligt sich der Staat zu einem Drittel an jenen Behandlungskosten, die über 5000 Franken liegen. «Der Staat bezahlt noch viel mehr», verwies Wendelin Lampert (FBP) auf die weiteren Geldflüsse im Gesundheitswesen, beispielsweise die Prämienverbilligung oder Beiträge an die Spitäler. Insgesamt steuere der Staat 81,9 Millionen Franken beziehungsweise rund 38 Prozent zur Finanzierung der Obligatorischen

Krankenpflegeversicherung (OKP) in Liechtenstein bei. Lampert rechnete vor, was dies für den einzelnen Prämienzahler bedeutet: Ohne Staatsbeiträge läge die durchschnittliche Krankenkassenprämie bei 466 statt 299 Franken pro Monat. Dennoch würden die Prämien für viele Liechtensteiner eine Belastung darstellen, merkte die FL-Abgeordnete Manuela Haldner-Schierscher an. Sie regte einmal mehr erwerbsabhängige Prämien an. Gesundheitsminister Manuel Frick verwies hierzu jedoch darauf, dass schon heute die einkommensstarke Bevölkerung am meisten zum Steuerkuchen beitrage, aus dem wiederum die Staatsbeiträge stammen. Andererseits sei auch die Prämienverbilligung eine erwerbsabhängige Komponente. Dass diese jedoch nur knapp ein Drittel der 11 000 anspruchsberechtigten Personen nutzt, sorgte bei manchen Abgeordneten für Stirnrunzeln. «Das ist für mich ein Zeichen, dass die Prämienverbilligung zu wenig bekannt ist. Wer möchte denn schon mehr Prämie zahlen als nötig?», meinte etwa Dagmar Bühler-Nigsch (VU). Der Gesundheitsminister will den Grund woanders erkennen: «Wir leisten uns ein grosszügiges Prämienverbilligungssystem. Ich gehe davon aus, dass gewisse Leute ihren Anspruch bewusst nicht geltend machen.»

Kosten im Auge behalten

Was die andere Seite betrifft, die Entwicklung der Gesundheitskos-

ten, war man sich im Landtag einig. Diese müsse man im Auge behalten. 2020 stiegen die OKP-Leistungen zwar unterdurchschnittlich um 1,2 Prozent auf rund 180 Millionen Franken - Corona sorgte aber für einige Sondereffekte. Mario Wohlwend (VU) befürchtete, dass sich die wahren Kosten der Pandemie erst zeigen werden. «Die Wirkung der Kostenbremse KVG-Revision ist weitgehend verpufft. Die Kosten steigen wieder», monierte er. Dem widersprach Wendelin Lampert vehement: Seit 2014 hätten 189 Millionen Franken eingespart werden können.

Versorgungskonzept gefordert

Beide erkundigten sich zum Stand eines psychiatrischen Versorgungskonzept, das der Liechtensteinische Krankenkassenverband (LKV) angeregt hatte. In diesem Bereich sind die Kosten nämlich in den vergangenen Jahren deutlich angestiegen, alleine 2020 war es ein Plus von 36 Prozent. «Das Ministerium hat damit begonnen, die Strukturen einer vertieften Prüfung zu unterziehen», informierte Regierungsrat Frick. Es sei beispielsweise zu klären, wo Bedarf herrscht, wer welche Leistungen erbringt, wie Betreuungspfade verlaufen und wo es möglicherweise Lücken gibt. «Ein Ausbau kann erst dann verantwortet werden, wenn die entsprechenden Grundlagen für Bedarfsplanung vorliegen», so Frick. Einen konkreten Zeitplan konnte er nicht nennen, versicherte aber eine «zeitnahe» Aufgleisung.



Postulat der Freien Liste

Wie gut ist die Qualität des heimischen Trinkwassers?

VADUZ Für die Bürger ist es selbstverständlich, dass aus den Wasserhähnen sauberes Trinkwasser fliesst. Sie benutzen es zum Trinken, Kochen, oder Duschen. Damit das Wasser frei von krankheitserregenden Bakterien und chemischen Substanzen ist, werden zum einen die Quell- und Grundwasserfassungen durch Schutzzonen abgeschirmt, zum anderen führen die Wasserversorgungen im Unter- und Oberland Überprüfungen der Qualität durch. Die Freie Liste ist allerdings nicht von der einwandfreien Qualität des Wassers überzeugt und vermutet Versäumnisse der Regierung - zumal die gesteckten Ziele der, von der EU vorgegebenen und ins nationale Gesetz übernommene, Wasserrahmenrichtlinie bis 1. Mai 2021 nicht erreicht werden konnten. Die stellvertretende Abgeordnete Sandra Fausch erklärte: «Es finden keine engmaschigen, systematischen Untersuchungen statt, ob und in welchem Umfang Pflanzenschutzmittel in unsere Gewässer gelangen. Damit verfügen wir über unzureichende Daten, um eine Bedrohung feststellen zu können.» Die Freie Liste wünscht sich ein entsprechendes Monitoring und verlässliche Daten zum Gewässerzustand.

Grosse Zustimmung

Die Einreichung des «Postulats zur Sicherung des Trinkwassers» stiess bei den Abgeordneten auf grosse Zustimmung. Walter Frick (VU): «Wir müssen unsere Umwelt und unser Trinkwasser nachhaltig schützen. Es ist bereits fünf Minuten nach zwölf.» Frick sieht das Hauptproblem beim Fungizid Chlorothalonil, das im Verdacht steht, gesundheitsgefährdend zu sein. Jahrzehnte lang sei das Mittel auf die Felder ausgebracht worden,

ohne dessen Auswirkungen zu kennen. Mittlerweile wurde Chlorothalonil verboten, doch bis sich dessen Rückstände im Boden abgebaut hätten, würden etliche Jahre und Jahrzehnte verstreichen. Ebenso verhalte es sich mit dem, noch bewilligten, Glyphosat. Parteikollege Günter Vogt sieht nicht nur die Landwirtschaft als mögliche Quellen der Trinkwasserverschmutzung, sondern auch die Industrie und die Haushalte. Bereits in der Beantwortung einer Kleinen Anfrage im vergangenen Jahr hat die Regierung auf den hohen Aufwand der Untersuchungen von Fließgewässern und die beschränkten Kapazitäten im Land hingewiesen. Regierungschef-Stellvertreterin Sabine Monauni wiederholte gestern diese Umstände, versicherte aber, dass den gesetzlichen Verpflichtungen nachgekommen werde und die Regierung sich ihrer Verantwortung bewusst sei. Für Georg Kaufmann (FL) nicht akzeptabel: «Für die Qualitätssicherung des Finanzplatzes sind über 100 Personen beschäftigt. Ein sauberer Finanzplatz darf etwas kosten. Das muss auch für das Wasser gelten. Verunreinigung durch Pflanzenschutzmittel oder Medikamente gehören gemessen.»

Ähnlich sah dies die Mehrheit im Landtag. 24 der 25 Abgeordneten stimmten der Überweisung des Postulats an die Regierung zu, einzig Herbert Elkuch (DpL) verwehrte seine Stimme. Er ist der Meinung, dass die Qualität des Trinkwassers in Ordnung ist und hier nur die Landwirtschaft ins schlechte Licht gerückt und die Bevölkerung verunsichert werde. Die eigentliche Absicht der Freien Liste sei es aber, den Bürgern eine Rheinaufweitung aufzuschwatzen. (sb)

Das «Wahlalter 16» liegt nun auf dem Tisch der Regierung

Petition Der Landtag hat die Petition zum Wahl- und Stimmrecht ab 16 Jahren an die Regierung überwiesen. Einig waren sich die Abgeordneten allerdings nicht: 9 der 25 Parlamentarier stimmten gegen den Vorschlag.

VON MICHAEL WANGER

Die Junge Liste erzielt ihren ersten Teilerfolg. Seit Oktober hatte die Jungpartei 1150 Unterschriften für ihr Anliegen gesammelt. Mitinitiant Samuel Schurte wollte vorerst aber noch keine Prognose abgeben, wie das Thema im Landtag ankommen wird. Zu weit lägen die Meinungen in der Öffentlichkeit auseinander. Schurte sollte recht behalten: Auch der Landtag war sich nicht einig. Gunilla Marxer-Kranz (VU) meint - wie manche andere Abgeordneten

- , dass sich 16- und 17-Jährige schlichtweg zu wenig für Politik interessieren. Die aktuellen Landtagswahlen hätten dies erneut gezeigt, denn es habe sich kein Kandidat unter 30 Jahren zur Wahl gestellt. An diesem Punkt eckten sowohl Peter Frick (VU) als auch Nadine Vogel-sang (FBP) an. Sie wünschen sich eine repräsentative Umfrage bei der Zielgruppe. Erst das schaffe Gewissheit.

«Alter schützt vor Torheit nicht»

«Das herabgesetzte Wahlalter soll den Jugendlichen nicht das Wahlalter aufzwingen, sondern denjenigen die Chance ermöglichen, die sich dafür interessieren», entgegnete Manuela Haldner-Schierscher (FL). Zudem sei auch der Vorwurf, dass es Jugendlichen an Erfahrung mangelt, haltlos. Entscheidungen seien nicht vom Alter abhängig, meint Wendelin Lampert (FBP). Auch er habe als Abgeordneter schon Entscheidungen getroffen, die sich später als falsch herausstellten. «Es gibt ein schönes

Sprichwort: «Alter schützt vor Torheit nicht», sagte Lampert. Noch klarere Töne schlug der FL-Abgeordnete Georg Kaufmann an: «Was riskieren wir, wenn wir den Menschen ab 16 das Wahlrecht ermöglichen? Gar nichts.» Der Landtag werde in den kommenden Jahren viele Fragen beantworten, die «unsere Kinder und Enkel» betreffen. Warum soll man dann die Betroffenen nicht auch mitbestimmen lassen?

«Wäre ich 16 Jahre alt, wäre ich enttäuscht von meinen Eltern, wenn sie Nein sagen», eckte Sandra Fausch (FL) an. Das Alter trage nicht massgebend zum Interesse an Politik bei. Deshalb sei es wichtig, die Jugendlichen so früh wie möglich abzuholen. «Politische Bildung ist somit die wichtigste Voraussetzung für das Wahlalter 16», erklärte Fausch. Das Fach solle zum fixen Bestandteil im Schulunterricht werden. Erst einmal liegt der Ball bei der Regierung. Sie wird über das weitere Vorgehen befinden.



Manuela Haldner-Schierscher (links) und Sandra Fausch von der Freien Liste.